Nicola Wenge, KZ-Gedenkstättenleiterin in Ulm, behandelt das Thema „Unsere Aufgabe ist also klar: Vernichtung des Marxismus und Niederringung des Zentrums“. Die politische Verfolgung als arbeitsteiliges Verbrechen in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“. Kernaussagen sind: „Die Innenministerien und die ihnen unterstellte Polizei nutzten die ‚Schutzhaft‘, um politisch unliebsame Personen mundtot zu machen, auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren und auch nach ihrer Entlassung weiter zu kontrollieren. Sie trugen auch die Verantwortung für die frühen Konzentrationslager, in denen in Baden hunderte und in Württemberg mehr als viertausend Inhaftierte ohne Rechtsbeistand dem Lagerkommandanten und seinen SA- und SS-Mannschaften ausgeliefert waren“ (Einleitung, S. 11 f.).

Edgar Wolfrum untersucht die gescheiterte Entnazifizierung am Beispiel von drei badischen Landesministern: Walter Köhler (1897–1989), Ministerpräsident von Baden 1933–1945. Karl Pflaumer (1896–1971), 1933–1945 badischer Innenminister, SS-Brigadeführer, und Otto Wacker (1899–1940, badischer Kultusminister 1933–1940 und Justizminister 1933–1934, SS-Oberführer). Wolfrum hat für seinen Beitrag die nicht publizierten Lebenserinnerungen von Pflaumer ausgewertet. Aus ihnen geht hervor, dass diese Minister nach 1945 die nationalsozialistische Weltanschauung beibehalten haben. Die Franzosen überstellten sämtliche ehemaligen badischen Minister der US-Besatzungsmacht. Diese ließ sie die langwierigen Spruchkammerverfahren durchlaufen; am Ende wurden sie als minder belastet eingeschätzt. Pflaumer bagatellierte sein Wirken im NS-Staat extrem, wie alle seine Ministerkollegen. Köhler „erwies sich [...] als Meister der geschickten Tarnung, der seine Tätigkeit komplett verharmloste“ (S. 411). Entsprechend milde fielen die Spruchkammerurteile für beide aus. Sie wurden nicht als „Hauptschuldige“, sondern nur als „Belastete“ eingestuft. Anfang der 1950er Jahre hatte sich die vorherrschende Meinung der Westdeutschen ohnehin gedreht. Statt den anfänglichen Forderungen nach Säuberungen verurteilte man nun die Entnazifizierung weithin als „Siegerjustiz“.

Abschließend wird in der Einleitung festgestellt, dass die Forschungen zum Thema „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ noch lange nicht abgeschlossen sind. Dazu bedürfe es weiterer Quellenanalysen und Studien. Zu wünschen sind schließlich auch pointierte populärwissenschaftliche Darstellungen zu den jeweiligen Themen.

Christof Rieber

Maximilian WUNDERLICH, Die Rechtsprechung des Sondergerichts Freiburg 1940–1945 (Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen, Neue Folge, Bd. 86). Berlin: Duncker & Humblot 2024. 445 S., 69 Tab. ISBN 978-3-428-19170-3. € 119,90

Die zwischen 1933 und 1945 errichteten und tätigen Sondergerichte spielten im Repressionsapparat des NS-Staates eine zentrale Rolle. Ihrem von Roland Freisler verliehenen „Etikett“ als „Standgericht der inneren Front“ (S. 108) entsprachen sie zweifellos und wurden von 1933 an und durch Ausweitung ihrer Zuständigkeit – so der Verfasser – mehr und mehr eine „Allzweckwaffe im Kampf gegen abweichendes Verhalten“ (S. 106). Bereits unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde per Verordnung bestimmt, dass in jedem Oberlandesgerichtsbezirk mindestens ein Sondergericht einzurichten sei.

Faktisch bei den Landgerichten angesiedelt, veranschaulicht die Praxis der Sondergerichte gleichermaßen eindringlich die Repressionsmaßnahmen im Inneren, die zunehmende

Aushöhlung des Rechtsstaats und die ideologische Einflussnahme von NS-Organisationen auf die Rechtsprechung und das juristische Personal. Während etliche Sondergerichte durch wissenschaftliche Studien unterschiedlicher Qualität und Quantität bereits untersucht wurden, war eine umfassende Arbeit zum Sondergericht Freiburg – erst im Herbst 1940 zur Entlastung des Sondergerichts Mannheim errichtet – bislang ein Desiderat der Forschung. Wunderlichs Beitrag schließt diese Lücke zweifellos, nicht nur im Hinblick auf die juristische Praxis des Sondergerichts Freiburg mittels detaillierter empirischer Analysen und deren konziser Einbettung in den Gesamtkontext des Sondergerichtswesens allgemein. Es gelingt dem Verfasser auch, ohne den roten Faden zu verlieren und ins Episodische abzugleiten, die Rechtsprechungspraxis des Sondergerichts Freiburg anhand von Einzelfällen zu illustrieren.

Wunderlichs Studie – eine rechtswissenschaftliche Dissertation – ist meistens aus archaischen Primärquellen erarbeitet. Wesentliche Quellengrundlage ist der Bestand „Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Freiburg“, der im Staatsarchiv Freiburg vollständig erschlossen und digitalisiert vorliegt, wobei die Digitalisate Schritt für Schritt im Internet freigegeben werden. Dies zeigt einmal mehr, dass Archive im Rahmen des rechtlich Möglichen so viel Erschließungsinformationen und Quellen zur NS-Zeit online stellen sollten wie irgend möglich.

Das Forschungsprogramm der Arbeit umfasst sechs Fragen, wobei sich drei auf die Opfer- und drei auf die Täterseite fokussieren. Zum einen untersucht die Studie die Urteilspraxis des Sondergerichts Freiburg. War es eine reine „Aburteilungsmaschinerie“ oder doch ein „gewöhnliches Strafgericht“ (S. 33), wie wurde das NS-Strafrecht in der Praxis angewandt und wer stand vor Gericht? Zum anderen fragt die Arbeit nach dem Grad der Ideologisierung der dortigen Richter sowie ihren Handlungsspielräumen in der Urteilspraxis und ihren Nachkriegskarrieren. Nach Skizzierung der normativ-organisatorischen Rahmenbedingungen für die Arbeit des Sondergerichts Freiburg nehmen die Ausführungen über dessen Rechtsprechung den wesentlichen Teil der Arbeit ein. Die Ausführungen zum Sozialprofil der Verurteilten und zu den eingesetzten Richtern vervollständigen die Analyse.

Bei der Errichtung der Sondergerichte konnte das NS-Regime scheinbar an eine Praxis aus der Weimarer Republik anknüpfen. Waren derartige Gerichte seinerzeit aber lediglich zur Bekämpfung lokaler politischer Unruhen vorgesehen, mutierten sie in der NS-Zeit zu flächendeckenden Dauereinrichtungen, sodass nur von „Scheinkontinuität“ (S. 49) gesprochen werden kann. Überdies dienten die Sondergerichte in der Anfangsphase der NS-Zeit vorrangig der Absicherung der Herrschaft des Regimes und der Bekämpfung politischer Gegner. Dann wucherte ihre sachliche Zuständigkeit durch eine Reihe von Verordnungen mehr und mehr aus (S. 53), und ihre Rechtsprechung zielte zunehmend auf das Alltagsleben breiter Bevölkerungsschichten ab. So landeten im Kampf gegen im NS-Jargon als „Volksschädlinge“ bezeichnete Personen „Delikte“, wie das Hören von ausländischen Radiosendern, abfällige Bemerkungen über das Regime oder Verstöße gegen kriegswirtschaftliche Regelungen, vor Sondergerichten und wurden drakonisch bestraft. Das Fehlen einer zweiten Instanz, zunehmender Einfluss der Partei und ihrer Gliederungen auf Richter und Anwälte und die Staatsanwälte als „bevorzugte Hebel“ (S. 93) des Regimes, die Justiz zu politisieren, senkten die Chancen von Angeklagten auf ein faires Verfahren drastisch.

Bei der Untersuchung der Rechtsprechung des Sondergerichts Freiburg wertet der Verfasser den vorliegenden Aktenbestand statistisch aus – illustriert durch Würdigungen

einzelner Fälle – und gelangt so zu Schlüssen über dessen Urteilspraxis. Dabei werden auch in vergleichender Perspektive Zahlen weiterer Sondergerichte in anderen Regionen Deutschlands herangezogen. Zwar war die Verurteilungsquote in Südbaden mit fast 97 Prozent auch im Vergleich zu anderen Sondergerichten enorm hoch, doch verhängten die Richter in Freiburg seltener Zuchthausstrafen und Todesurteile. Der Verfasser erliegt dabei nicht der Versuchung, hinter solchen Zahlen eine spezifische regionale „Milde“ oder gar Anflüge von oppositionellem Geist zu vermuten – bei regionalen Studien zum Nationalsozialismus ein gern verwendetes Narrativ. Vielmehr seien äußere Umstände wie etwa weniger Plünderungsdelikte durch die lange Zeit geringe Zahl von Bombardierungen in Südbaden und das übliche „Rollenspiel“ (S.156) von Gericht und Staatsanwaltschaft beim Strafmaß hierfür verantwortlich.

Auf den nächsten 150 Seiten wertet der Verfasser – immer wieder illustriert durch Einzelfälle – die verhängten Urteile nach deren Rechtsgrundlagen aus, etwa Verstöße gegen die „Kriegswirtschaftsverordnung“, die „Rundfunkverordnung“, das „Heimtückegesetz“ und die „Volksschädlingerverordnung“. Gerade beim sogenannten „Heimtückegesetz“, unter das zum Beispiel abfällige Äußerungen über das Regime und seine Repräsentanten fielen, zeigen die von Wunderlich zitierten Einzelfälle, wie wertvoll Sondergerichtsakten für die Untersuchung des Alltagslebens im NS-Staat sein können. Auch hier sind regionale Spezifika zu beobachten: Beispielsweise war die hohe Quote von etwa einem Drittel Verurteilter auf Grundlage der Kriegswirtschaftsverordnung (worunter zum Beispiel „Schwarzschlachtung“ fielen) – so Wunderlich – der ländlichen Prägung der Region geschuldet.

Die Rolle der Richter am Sondergericht Freiburg wird in einem eigenen Kapitel in Form von Kurzbiografien ausgeleuchtet, wobei auch hier die im Staatsarchiv Freiburg und andernorts reichlich vorhandenen Primärquellen (vornehmlich Personal- und Entnazifizierungsakten) ausgiebig herangezogen wurden. Neben erhellenden statistischen Auswertungen zur Urteilspraxis der einzelnen Richter gelingt dem Verfasser am Freiburger Beispiel eine Generalabrechnung mit den Exkulpationsstrategien und Scheinargumenten, die die betroffenen Personen nach Kriegsende in Anschlag brachten. So konnten nicht wenige – teils unter tatkräftiger Unterstützung von Kollegen – auch in der Bundesrepublik im Richteramt verbleiben. Weder wurde man über Jahre zum Dienst bei einem Sondergericht gezwungen oder musste bei Verweigerung mit KZ-Haft rechnen, noch habe man dort gearbeitet, um Schlimmeres zu verhindern oder lediglich um geltendes Recht anzuwenden. Vielmehr waren die Angst vor dem Verlust von Privilegien (etwa die Zurückstellung vom Wehrdienst), eine nationalistisch-autoritäre Vorprägung, gehorsamer Opportunismus und unverholene Sympathien mit den Kriegszielen des Regimes die „intrinsic Motive“ (S.377), die dafür sorgten, dass sich auch nicht hundertprozentige Nationalsozialisten bereitwillig zum „Büttel des Regimes machten“ (S.381).

Eine statistische Auswertung zu den vom Sondergericht Freiburg Verurteilten rundet die Studie ab. Bemerkenswert erscheint hierbei, dass darunter auch 104 NSDAP-Mitglieder waren. Zwei davon wurden sogar zum Tode verurteilt. In diesen Fällen wurde vom Gericht explizit auf die abschreckende Wirkung des Urteils verwiesen, denn auch „Parteigenossen“ wollte man Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung oder das Berauben von Feldpostsendungen nicht durchgehen lassen.

Hatten Verurteilte vor dem Sondergericht Freiburg also eine reelle Chance oder wurden Schuldsprüche „am Fließband“ gefällt? Könnte ein oberflächlicher Blick auf die statistischen Erhebungen den Eindruck entstehen lassen, man sei in Freiburg insgesamt eher milde

gewesen, spricht allein eine Verurteilungsquote von 96,6 % deutlich dagegen. Gekennzeichnet waren die Urteile ferner durch ein hohes „Willkürpotential“, „sonderrichterliche[s] Gutdünken“ (S. 421) und die Ausrichtung auf die Ziele des NS-Staates und seiner Ideologie. Nicht die „Verhängung drakonischer Strafen durch fanatische Nazirichter“, sondern „alltägliche[.] Rechtsanwendung in nationalsozialistischem Sinne durch gewöhnliche Juristen“ kennzeichnete die Praxis des Sondergerichts Freiburg, bei der sich die Richter „dem Primat der nationalsozialistischen Politik“ (S. 423 f.) willentlich und allzu gefügig unterwarfen.

Wunderlichs Studie vermag sowohl durch ihren statistischen Ansatz, ihre klaren Schlussfolgerungen und das intensive Studium von Primärquellen als auch durch das schlüssige Einbetten von Einzelfällen in den Gesamtkontext zu überzeugen und leuchtet die Praxis des Sondergerichts Freiburg gründlich und umfassend aus. Christof Strauß

Wolfgang ZIMMERMANN (Hg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Kontinuität – Wandel – Herausforderungen. Stuttgart: Kohlhammer 2022. 83 S., 3 Abb. ISBN 978-3-7995-9598-8. € 10,-

Das Thema Rechtsextremismus ist seit Jahren Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Es ist aber auch ein Thema von historischer und zeithistorischer Relevanz. Das dokumentieren nicht zuletzt einige der Aufsätze des hier anzuzeigenden Bandes. Der Sammelband enthält die verschriftlichten Beiträge der wissenschaftlichen Tagung, mit der sich im Januar 2021 die am Generallandesarchiv Karlsruhe angesiedelte neue Dokumentationsstelle Rechtsextremismus der interessierten Öffentlichkeit vorstellte. Aufgrund der Coronapandemie fand die Tagung seinerzeit nur online statt.

Den Reigen eröffnet Andreas Wirsching vom Münchener Institut für Zeitgeschichte. Sein Beitrag beschreibt Wirkungsweisen des Antipluralismus und Rechtsextremismus in der Weimarer Republik. Wirsching warnt vor drohenden gegenwärtigen Gefahren. So habe der Fall Walter Lübcke durchaus vergleichbare Dynamiken gezeigt. Der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten im Juni 2019 ist eine enthemmte Hetze in den Sozialen Medien vorangegangen. Einer anderen möglichen historischen Ursache geht Frank Engehausen nach. Der an der Universität Heidelberg lehrende Historiker beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die alliierten Internierungslager der Nachkriegszeit „Brutstätten des Rechtsextremismus“ gewesen seien. Letztlich seien aber noch weitere Forschungen zum frühen Nachkriegsrechtsextremismus, etwa zur Rolle der organisierten „Entnazifizierungsgeschädigten“ in den 1950er Jahren, notwendig, um hier Klarheit zu erlangen.

Wie sich der rechte Terrorismus als spezifische Form rechter Gewalt in Deutschland entwickelte und welche Zäsur hierbei der 2011 aufgeflogene sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) bildete, thematisiert der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traugber in seinem Beitrag. Auch Uffa Jensen richtet seinen Blick auf terroristische Aktivitäten von rechts in der Geschichte der Bundesrepublik, wobei der Berliner Historiker besonders die Verbindung zum Antisemitismus betrachtet. Die extreme Rechte, die sich in den vergangenen Jahren ausdifferenziert hat, „will eine andere Republik“. Dies verdeutlicht der Aufsatz des Düsseldorfer Sozialwissenschaftlers Fabian Virchow. Er zeigt unter anderem auf, wie die anfangs weitgehend wirtschaftsliberal ausgerichtete Alternative für Deutschland (AfD) inzwischen „zur zentralen Akteurin und Referenz im Rechtsaußen-Spektrum geworden“ (S. 49) ist. Daneben existieren innerhalb der populistischen und extremen Rechten eine Vielzahl weiterer Organisationen und Akteure mit unterschiedlichen Aktivitäten und unter-